

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe
Grundlagen und Leitbild

Entwurf Teil A des Leitbildes Neu

von Michael Müller, Stand 11. November 2015

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG4-9</p>
--

TEIL A:

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

1. Arbeitsweise der Kommission

2. Leitbild der Kommission

2.1 Leitziel Nachhaltigkeit

Die Kommission zur sicheren Verwahrung radioaktiver Abfallstoffe orientiert sich an der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development). Unter Nachhaltigkeit wird eine Entwicklung verstanden, „die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse angemessen zu befriedigen“¹. Auf dieser Basis gibt die Kommission ihre Empfehlungen ab, um zu einer bestmöglichen Sicherheit bei der Verwahrung radioaktiver Abfälle zu kommen. Nur der vernunftbetonte Umgang mit dieser komplexen Technologie kann neue Glaubwürdigkeit und neues Vertrauen in der Gesellschaft aufbauen.

Die Idee der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und wurde zum Schutz der Wälder erstmals 1664 von John Evelyn beschrieben². Dieses Prinzip der langfristigen Erhaltung der Natur griffen die Vereinten Nationen 1979 auf einem Symposium auf, entwickelten es weiter und machten Nachhaltigkeit zur Leitidee für die Gesellschaft insgesamt³. Sie erweitert die Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft um eine zeitliche Perspektive (dauerhaft) und knüpft sie an qualitative Bedingungen (sozial- und umweltverträglich).

Der Ausgangspunkt war die Erkenntnis der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm, dass aus der zunehmenden Belastung und Inanspruchnahme der Natur die Gefahr einer kollektiven Schädigung erwächst. Nachhaltigkeit wurde zur wichtigsten Empfehlung der Weltkommission Umwelt und Entwicklung 1987 (Bricht der Brundtland-Kommission)⁴. Der Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 machte sie zum Leitziel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Handlungsleitend sollte werden, was Hans Jonas als „Prinzip Verantwortung“ beschrieben hat: „Handele so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz des menschlichen Lebens auf Erden“⁵.

Dieser Paradigmenwechsel ist nicht nur aus ökologischen Gründen notwendig, sondern auch um den sozialen Zusammenhalt zu bewahren und die ökonomische Leistungskraft der Gesellschaft zu sichern⁶. Andernfalls ziehen die Modernisierungsprozesse durch Rationalisierung, Ausdifferenzierung, Beschleunigung und Internationalisierung auseinander, was in der Gesellschaft zusammengehört. Nachhaltigkeit ermöglicht dagegen neue Formen und Institutionen der Gestaltung und Koordination.

¹ Bundesministerium für Umwelt (1992): Konferenz Umwelt und Entwicklung. Dokumente. Bonn

² Evelyn, J. (1664): Sylva. London

³ Burger, W. (1979): The Quest for Sustainable Patterns of development. Stockholm

⁴ Hauff, V. (1987): Unsere Gemeinsame Zukunft. Greven

⁵ Jonas, H. (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt/Main

⁶ Seifert, E. (1986): Zum Problem einer „Naturvergessenheit ökonomischer Theorien“. Berlin

Die Erweiterung der technischen Möglichkeiten führt auch zur Ausdehnung ihrer Wirkungen auf die Zukunft. Alexander Kluge nennt das „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“⁷. Tatsächlich übertreffen sie heute quantitativ und qualitativ alles, was der Mensch bisher mit der Natur und mit sich selbst tun konnte. Die technischen Möglichkeiten haben einen hohen Überschuss über jedes sichere Vorauswissen angenommen. Mit dieser Macht und ihren Fernwirkungen wächst in allen Bereichen die menschliche Verantwortung.

Dieser Verantwortung können wir nur gerecht werden, wenn auch die Voraussicht über die Folgen zunimmt. Idealerweise müsste sie der gesamten Folgenkette entsprechen. Doch obwohl es nicht zuletzt durch die Steigerung der technischen Möglichkeiten einen höheren Wissensstand gibt, ist ein solches Vorauswissen aus vielen Gründen nicht möglich. Deshalb müssen wir lernen, vernunftbetont mit Unsicherheit umzugehen. Der Mensch ist nämlich das einzige Wesen, das Verantwortung übernehmen kann. Verantwortung, die er in jedem Fall, gerade bei Unsicherheit und Unwissen, wahrnehmen muss.

Bei der Nutzung der Kernkraft wurde der Zusammenhang mit der sicheren Verwahrung radioaktiver Abfälle nicht beachtet, insbesondere nicht das spezifische Problem der extremen Langfristigkeit, das weder in der Politik noch der Ethik beachtet wurde. Mehr noch: Mit der „nie aufhörenden Doppelwirkung der Technik“ (Hans Jonas) ist die technologische Utopie in eine Krise geraten. Ohne die Möglichkeiten der Technik ist der moderne Mensch jedoch nicht lebensfähig, schon weil sie zur Korrektur der eigenen Wirkungen notwendig sind. Nachhaltigkeit ist von daher eine Herausforderung an die Gestaltung von Technik, um sie zu gestalten, auch zu begrenzen und nicht beabsichtigte soziale und ökologische Nebenfolgen von vorneherein auszuschließen.

Indem Nachhaltigkeit Sachwissen und Wertwissen miteinander verbindet, wird sie zum Kompass in die Zukunft, der eine ähnliche Problemsicht, gemeinsame Regeln und verlässliche Handlungsprinzipien anzeigt. Diese Fähigkeit, die in der Sozialwissenschaft als „reflexive Modernisierung“ beschrieben wird⁸, ist komplementär zur Bewahrung von Freiheit, denn nur so können wir zwischen Alternativen wählen, statt von Folgezwängen in unseren Handlungen bestimmt zu werden.

2.2 Eine sozial-ethische Grammatik

Komplexe und weitreichende Technologien wie die Kernenergie erfordern eine Zukunftsethik. Sie bezeichnet keine Ethik in der Zukunft, sondern erfordert eine Ethik, die sich um die Zukunft kümmert. Durch heutiges Tun in Freiheit beugt sie künftigen Zwängen einer Unfreiheit vor. Diese Verantwortung erwächst uns gewollt oder ungewollt aus dem schieren Ausmaß der technischen Macht zu, die Mensch und Natur existenziell gefährden kann. Weil der Mensch zur stärksten geophysikalischen Kraft aufgestiegen ist, hat der Nobelpreisträger Paul Crutzen im Jahr 2002 vorgeschlagen, unsere Erdepoeche als Anthropozän zu bezeichnen. Als Subjekt der Evolution wachse ihm die Verantwortung für künftige Generationen und den Erhalt des Naturhaushalts zu.

Das erfordert: Erstens das Wissen um die Folgen unseres Tuns zu maximieren und zweitens eine Verständigung darüber zu erarbeiten, was sein darf und was nicht sein darf, was zuzulassen und was zu vermeiden ist. Dabei müssen wir uns eingestehen, was wir heute nicht

⁷ Kluge, A. (1986): Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit. Frankfurt am Main

⁸ Überblick bietet: U. Beck et al. (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/Main

wissen oder nicht wissen können. Der „Gerichtshof der Vernunft“⁹ prüft, ob unsere Institutionen, Handlungsmodelle und Denkrichtungen dieser Herausforderung gerecht werden.

Die Ideengeschichte der europäischen Moderne hat einen geschichtsphilosophischen Optimismus hervorgebracht. Aus der Entfaltung der Produktivkräfte und die Vertiefung des Wissens speist sich der Glaube an eine „Vorwärtsbewegung der Gesellschaft“¹⁰. Dieses Verständnis von Linearität prägte die Idee des Fortschritts und muss als Verzeitlichung der Seinspyramide verstanden werden: das Ranghöhere ist das jeweils Spätere. Auch wenn der Optimismus durch die Katastrophen des letzten Jahrhunderts erschüttert wurde, so stellt er bis heute das vorherrschende Koordinatensystem bereit.

In der Kontinuität der Moderne entsteht jedoch eine andere gesellschaftliche Gestalt, die der Sozialwissenschaftler Ulrich Beck als Risikogesellschaft und mit der Globalisierung sogar als industrielle Weltfolgesgesellschaft beschrieb. Im Kern ist die Industriegesellschaft eine Industrieproduktionsgesellschaft. Aber mit ihrer Entfaltung wird sie auch zu einer Industrieproduktionsfolgesgesellschaft. Sich aus den Konturen der klassischen Industriegesellschaft herauszulösen und eine neue Gestalt anzunehmen, begann in den letzten Jahrzehnten. So wie die Modernisierungsprozesse im 19. Jahrhundert die Agrargesellschaft aufgelöst haben, aus der sich dann die Industriegesellschaft herausgeschält hat, lösen sie heute die Konturen der traditionellen Industriegesellschaft auf.

Der „Konflikt der zwei Modernen“, zwischen einfacher und reflexiver Modernisierung¹¹, erfordere nach Beck „eine Unterscheidung zwischen kontrollierbaren Folgen – das sind Risiken – und nicht kontrollierbaren Folgen – das sind Gefahren“¹². Die Gefahren übergreifen Generationen und Nationen. Sie lassen sich nicht mehr wie früher eingrenzen, berechnen und ausgleichen. Institutionen und Denkweisen der herkömmlichen Risikobetrachtung, die auf Haftung, Versicherungsschutz und traditionelles Ordnungsrecht aufbauen und auf dem die Berechnung und Kompensation industrieller Folgen und Unfälle basiert, geraten an Grenzen.

Doch diese Normalitätsvorstellungen, die tief in den bestehenden Norm- und Regelsystemen verankert sind, werden konserviert trotz einer Vielzahl neuer Realitäten, die sich davon weit entfernen. Gefahren nehmen zu, die nicht nur industriell erzeugt, sondern auch ökonomisch externalisiert, juristisch individualisiert, wissenschaftlich gerechtfertigt und politisch oftmals heruntergespielt werden. Nachhaltigkeit erfordert dagegen eine Ethik, die sich heute um die Zukunft kümmert, auch durch eine menschengemäße Technik, die den Irrtum nicht zu Lasten Dritter bestraft.

Zukunftsethik im Sinne der Nachhaltigkeit erfordert eine „diskursiv-konsensuale Konfliktregelung“¹³, die unter dem Imperativ der dauerhaften Bewahrung des Daseins und der Würde des Menschen steht. Sie verfolgt ein neues und qualitatives, nicht quantitativ ausgerichtetes Prinzip von Fortschritt. Ihre Grundlagen sind die Gestaltungskraft der Politik und das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

2.3 Zehn Grundsätze

⁹ Kant, I. (2004): Grundlegung der Metaphysik der Sitten. Hrsg. J. Timmermann. Göttingen

¹⁰ Müller, M./M. Zimmer (2011): Die Ideengeschichte des Fortschritts. Berlin

¹¹ Beck, U. (1992): Der Konflikt der zwei Modernen. Manuskript. München

¹² Beck, U. (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt am Main

¹³ Apel, K.-O. (1985). Verantwortung heute. München. In: T. Meyer/S. Miller (Hg.). Zukunftsethik und Industriegesellschaft. München

1. Die Leitidee für die Arbeit der Kommission ist die nachhaltige Entwicklung, die 1987 von der Kommission Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen vorgeschlagen wurde. Nachhaltigkeit bedeutet, dass sich die Kommission bei ihren Empfehlungen zur sicheren Lagerung radioaktiver Abfallstoffe an den Bedürfnissen und Interessen kommender Generationen orientiert. Auf der Grundlage der Generationengerechtigkeit versucht die Kommission, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen.
2. Die Kommission bereitet mit ihren Kriterien und Empfehlungen die Suche nach einem Standort für die Lagerung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle vor, der nach heutigem Wissensstand die bestmögliche Sicherheit gewährleistet. Sie versucht dabei, die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte künftiger Generationen soweit es geht zu bewahren, ohne den notwendigen Schutz von Mensch und Natur einzuschränken. Diese Norm leitet uns.
3. Die Vorschläge der Kommission gehen von fünf Grundprinzipien aus: Vorrang der Sicherheit, umfassende Transparenz und Beteiligungsrechte, faires und sozial gerechtes Verfahren, breiter Konsens in der Gesellschaft sowie Vorrang des Verursacher- und Vorsorgeprinzips. Die Kommission beschreibt in einem ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade, die wissenschaftlich fundiert sind und größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermögen. Grundlage aller Vorschläge ist der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik.
4. Wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages bekennt sich auch die Kommission zum gesetzlich verankerten Ausstieg aus der Kernenergie. Der Ausstieg hat einen gesellschaftlichen Großkonflikt entschärft und ist eine Verpflichtung, auch bei der dauerhaften Lagerung radioaktiver Abfälle zu einem breiten Konsens in der Gesellschaft zu kommen.
5. Die Kommission bekräftigt, dass es zu einer nationalen Lagerung für die im Inland verursachten Atomabfälle kommen muss. Das Prinzip der nationalen Verantwortung ist eine zentrale Grundlage der Empfehlungen. Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen bleiben davon unberührt.
6. Die Kommission versteht ihre Arbeit und die spätere Standortsuche als ein lernendes Verfahren. Es erfolgt auch deshalb unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, deren Beteiligungsrechte ausgeweitet und gesetzlich normiert werden. Die Öffentlichkeit wird während der gesamten Dauer des Standortauswahlverfahrens durch Bürgerversammlungen, Bürgerdialoge und über Medien systematisch und umfassend unterrichtet. Ziel ist es, einen offenen und pluralistischen Diskurs zu ermöglichen. Vor der eigentlichen Standortsuche müssen wissenschaftsbasiert und transparent Entsorgungspfad und Alternativen, grundlegende Sicherheitsanforderungen, Auswahlkriterien und Möglichkeiten der Fehlerkorrektur genau beschrieben und öffentlich debattiert sein. Eine spätere Korrektur von Fehlern ist zu gewährleisten. Dafür notwendige Veränderungen von Kriterien oder Verfahrensregeln müssen ebenfalls transparent, ausführlich debattiert und allgemein akzeptiert sein.
7. Das empfohlene Auswahlverfahren muss eine breite Zustimmung in der Gesellschaft finden. Die Kommission bezieht dafür die Erfahrungen von Regionen ein, in denen in der Vergangenheit Standorte benannt oder ausgewählt wurden. Dem angestrebten Konsens dient auch die ergebnisoffene Evaluierung des Standortauswahlgesetzes. Im Sinne größtmöglicher Transparenz müssen alle Daten und Informationen der Kommission wie auch der weiteren

Entscheidungen zur Lagerung radioaktiver Abfälle veröffentlicht und dauerhaft in einer öffentlich-rechtlichen Institution aufbewahrt und allgemein zugänglich gemacht werden.

8. Die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ist eine staatliche Aufgabe. Wir haben grundsätzlich die Pflicht alles zu tun, dass diese Aufgabe gelingt. Das gilt unabhängig von der Position, die jede oder jeder Einzelne in der Auseinandersetzung um die Atomenergie eingenommen hat. Unbestritten haben aber die Betreiber der Kernkraftwerke und ihre Rechtsnachfolger für die Kosten einer sicheren Lagerung der radioaktiven Abfallstoffe zu haften, die auf ihre Stromerzeugung zurückgehen.

9. Die hoch radioaktiven Abfallstoffe, die wir kommenden Generationen hinterlassen, stehen exemplarisch für mögliche Nebenfolgen komplexer industrieller Entwicklungen. Deshalb brauchen wir eine neue Qualität von Aufklärung und Verantwortung. Die reflexive Modernisierung arbeitet den Grundgedanken heraus, dass die moderne Industriegesellschaft unerwünschte Nebenfolgen erzeugt, die ihre eigenen Grundlagen infrage stellen können. Daraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen, die nicht nur die Nutzung der Kernenergie betreffen.

10. Die Kommission sieht ihre Arbeit als Beitrag zu einem bewussteren Umgang mit komplexen Technologien an, die weitreichende Fernwirkungen haben. Unbeabsichtigten und unerwünschten Nebenfolgen setzt sie eine Stärkung der Technikfolgenabschätzung, Technikbewertung und Technikgestaltung entgegen. Neue Techniken und industrielle Entwicklungen sind frühzeitig auf schädliche oder nicht beherrschbare Nebenfolgen zu prüfen. Auch um Alternativen zu fördern, die fehlerfreundlich sind.